

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 82 (1988)
Heft: 9

Artikel: NW-Gespräch mit Martin Jäggi : Perspektiven der Schweizer Friedensinitiative
Autor: Jäggi, Martin / Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven der Schweizer Friedensinitiative

Eine Konsequenz aus dem «Schweizer Appell für Frieden, gegen den Atomtod»

NW: Martin Jäggi, Du bist, wenn ich so sagen darf, der Architekt der Schweizer Friedensinitiative. Diese will durch einen Zusatz zum Zweckartikel 2 unserer Verfassung den Bund verpflichten, sich für «eine Welt ohne Waffen» einzusetzen. Ziel der schweizerischen Aussenpolitik wäre es, in der Völkergemeinschaft darauf hinzuwirken, dass Atomtests verboten, keine Waffen im Weltraum stationiert und internationale Streitigkeiten durch obligatorische Schlichtungsverfahren beigelegt würden. Die frei werdenden Mittel müssten für Drittweltländer und zur «Meisterung der dringenden Probleme der Menschheit» eingesetzt werden. Was hat Dich veranlasst, die Initiative zu dieser Initiative zu ergreifen?

Martin Jäggi: Auslösendes Erlebnis für die Lancierung der Initiative war für mich die Behandlung des «Schweizer Appells für Frieden, gegen den Atomtod» durch Medien und Politik. Ich war selbst einer der Initianten dieses «Appells», zusammen mit Freunden wie Pfarrer Heinrich Hellstern und Max Habisch, dem früheren Präsidenten des Schweizerischen Friedensrates, die beide inzwischen leider verstorben sind. Von 1982 bis 1984 hatten 153'000 Einwohner und Einwohnerinnen der Schweiz diesen Aufruf unterschrieben, der von den Grossmächten die vollständige Abrüstung, zunächst vor allem einmal die atomare Abrüstung verlangte. Vom Bundesrat forderte der Appell weltweit

eine aktive Abrüstungspolitik. Der Bundesrat sollte insbesondere die Schlussfolgerungen der 1. UNO-Sondersession für Abrüstung von 1978 anerkennen und Verhandlungen mit der UNO zur Teilnahme an der 2. Sondersession im Frühjahr 1982 aufnehmen. Die 1. Sondersession hatte sich das Ziel einer allgemeinen, vollständigen und gleichzeitigen Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle gesetzt.

In der damaligen Zeit der Raketenstationierung löste der «Schweizer Appell» eine breite Welle der Zustimmung aus. Unterschiedlich reagierten die Adressaten: Von Reagan erhielten wir eine Empfangsbestätigung, verbunden mit dem Dank für unseren Einsatz. Der Stellvertreter des UNO-Generalsekretärs, Jan Martenson, der für Abrüstungsfragen zuständig ist, liess uns den Dank der Weltorganisation und einen ausführlichen Bericht zukommen. Der Bundesrat antwortete mit einem dreiseitigen Brief, ohne zu unserem «Appell» Stellung zu nehmen oder das von der UNO gesetzte Ziel einer weltweiten Abrüstung anzuerkennen. Er zählte nur auf, was er alles schon für den Frieden getan habe. Am längsten mussten wir auf die Antwort aus Moskau warten, was mit dem Wechsel in der Führungsspitze zusammenhing. Anfang 1986 schickte uns Gorbatschow einen persönlichen, ausführlichen und positiven Brief.

Im Frühling 1986 haben wir an einer Pressekonferenz in Bern das Ergebnis der Unterschriftensammlung sowie die Antworten der Grossmächte, der UNO und des Bundesrates vorgestellt. Im Na-

men der Initianten des Appells hat dort unter anderem auch Kurt Marti gesprochen und aus seiner Enttäuschung über die Unverbindlichkeit der Antworten kein Hehl gemacht. Die Pressekonferenz war erstaunlich gut besucht, doch über die nachfolgende Berichterstattung in den Medien habe ich mich geärgert: In der Tagesschau um halb acht ein einziger Satz, in der Tagesschau um halb zehn vier Sätze.

Als wir sahen, wie der «Schweizer Appell» unter den Tisch gewischt wurde, hatten wir nur noch die Wahl, unsere Forderung durch eine Volksinitiative verbindlicher zu machen. Am Thema einer Volksinitiative kommen Medien und Politik nicht vorbei.

Immer strikt neutral pro Nato?

NW: Warum fehlt der Initiative die friedenspolitische Stossrichtung nach innen: kein Verbot der Waffenausfuhr, keine Anerkennung der Militärverweigerer, kein Moratorium bei den Rüstungsausgaben, nichts dergleichen?

Martin Jäggi: Selbstverständlich befürworten wir diese Forderungen auch. Doch sind in diesen Gebieten verschiedene Gruppen zum Teil schon seit Jahren an der Arbeit. Für die allgemeine Abrüstung ist hingegen noch niemand speziell tätig gewesen. Nach dem Grundsatz «ohne Waffen kein Krieg!» zählt die Initiative daher alle Waffenarten auf, die es zu vernichten gilt: auch die Strahlen- und die Umweltwaffen. Die Leute sollten einmal sehen, was es alles an technisch immer perfekteren Massenvernichtungsmitteln gibt.

NW: Du meinst also, es sei richtig gewesen, das Fuder nicht zu überladen und eine Initiative mit nur aussenpolitischer Stossrichtung zu lancieren?

Martin Jäggi: Die offizielle Schweiz tut ja immer so, als ob es keine Aussenpolitik gäbe. Vielleicht wird sich das unter Bundesrat Felber ändern. In Tat und Wahrheit mischt die Schweiz weltweit kräftig mit – immer strikt neutral pro Nato.

Selbstverständlich hat die Schweiz eine Aussenpolitik, eine Aufrüstungspolitik, eine Atompolitik, eine Nato-Politik. Auch im Volk besteht der Eindruck, wir hätten als kleines Land keine eigene Aussenpolitik zu führen und in der grossen Weltpolitik nichts zu suchen. Diese Einstellung des Volkes ist nun aber auch wieder eine innenpolitische Angelegenheit. Die Innenpolitik bestimmt die Aussenpolitik. Hier setzt die Initiative an. Es ist deshalb falsch, zu sagen, sie habe keine Stossrichtung nach innen. Wir wenden uns in dieser Initiative nicht an die Grossmächte, sondern an uns selbst.

Kommt hinzu, dass die Bundesverfassung keinen aussenpolitischen Artikel enthält. Es gibt nur die Bestimmung des Zweckartikels 2, worin die «Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen» als Richtlinie festgelegt wird. Die Aufrechterhaltung der «Neutralität» wird eher beiläufig, als Obliegenheit des Bundesrates (Art. 102, Ziff. 9), erwähnt. Das ist völlig ungenügend.

Umdenken gegenüber der GSoA-Initiative

NW: Du hast vorhin gesagt, dass die Forderungen anderer Friedensorganisationen von Euch unterstützt würden. Wie stellt Ihr Euch zur Initiative der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA)?

Martin Jäggi: Die GSoA-Initiative war für uns ursprünglich ein heikles Thema. Heute hat sich das geändert. Die traditionellen Kräfte der Linken, die PdA, die SP, hier vor allem die ältere Generation, und die traditionellen Friedensorganisationen, wie insbesondere der Friedensrat, haben die Lancierung dieser Initiative abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte in der falschen Einschätzung – von der ich mich nicht ausnehme –, das Dogma der bewaffneten Neutralität sei im Volk noch so stark verankert, dass die Radikalität dieser Initiative zu einer unnötigen Selbstzerfleischung innerhalb der fortschrittlichen Kräfte und der Friedensbewegung führen würde.

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB), der ich angehöre, hat, als die GSoA-Initiative lanciert wurde, in mehreren Diskussionen beschlossen, dass wir diese Initiative zwar offiziell nicht unterstützen, dass wir aber jede Polemik vermeiden und alles unterlassen, was den Eindruck erwecken könnte, wir würden sie bekämpfen oder stünden gar auf der Seite ihrer Gegner. Ich stelle sogar fest, dass fast alle SFB-Mitglieder, die ich dazu befragt habe, sie unterschrieben haben. Ich selber habe sie auch unterschrieben. Dieselbe Erfahrung habe ich mit den Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensinitiative gemacht. Daraus müssen wir heute die Konsequenzen ziehen.

NW: Welche?

Martin Jäggi: Meine persönliche Meinung ist, dass sowohl die SFB als auch das Initiativkomitee die GSoA-Initiative offiziell unterstützen sollten. Sämtliche Organisationen in der Schweiz, die mit Frieden und Fortschritt zu tun haben, sollten die GSoA-Initiative unterstützen und alles unternehmen, dass sie zu einem grösstmöglichen Erfolg wird.

NW: Wie steht es auf der andern Seite? Bekommt Ihr Unterstützung von der GSoA?

Martin Jäggi: Im Gegenteil. Es gibt GSoA-Leute, die glauben, dass ihre Initiative durch die unsrige konkurrenziert werde. Ich bin überhaupt nicht dieser Meinung. Die Friedensinitiative wäre nach der GSoA-Initiative zur Abstimmung gekommen. Das Triumphgeheul unserer gemeinsamen politischen Gegner nach einer abgelehnten GSoA-Initiative wäre durch die Aussicht auf eine weitere Abstimmung über eine Friedensinitiative zumindest gedämpft worden. Wichtig ist, dass dieses Thema «Frieden und Abrüstung» nicht mehr aus der innenpolitischen Diskussion verschwindet.

NW: Gibt es andere politische Kräfte, die Euch unterstützen?

Martin Jäggi: Wir werden von sehr wenigen unterstützt. Auch bei den linken Parteien, etwa bei der PdA, hat es mit der

Unterstützung von Anfang an geharzt. Wenn der «Tages-Anzeiger» bei der Lancierung sagte, es sei eine «PdA-Initiative», so ist das einfach nicht wahr. Nach einigem Hin und Her wurde dann die Unterstützung doch noch beschlossen. Aber ein Einsatz der PdA als Organisation ist bei der Unterschriftensammlung kaum spürbar. Bei der SP haben einzelne Kantonalparteien, zunächst diejenige von Baselland, später auch diejenige von Bern und Zürich, in verschiedener Form die Unterstützung beschlossen und Unterschriften gesammelt. Poch und SAP haben völlig abgeschaltet. Im grünen Spektrum wird wenigstens an der Basis recht gut gesammelt.

NW: Wie steht es mit der Unterstützung von seiten der Friedensbewegung?

Martin Jäggi: Es gibt unter den Initiantinnen und Initianten eine Reihe von Mitgliedern der SFB. Diese selbst hat sich nach einigen Diskussionen ebenfalls entschlossen, für die Initiative einzutreten. Der Friedensrat hingegen ging auf Distanz, da die Initiative für ihn zu wenig konkret sei.

Die Friedensbewegung als Opfer ihres Erfolgs?

NW: Nun sind erst etwa 35'000 Unterschriften beisammen. Am 19. November müssten es 100'000 sein. Warum, glaubst Du, kommt die Unterschriftensammlung nicht voran? Glaubst Du überhaupt noch an die Möglichkeit, dass die Initiative zustande kommt?

Martin Jäggi: Ich glaube nicht mehr an diese Möglichkeit. Das hat mehrere Gründe: Der Hauptgrund ist die veränderte weltpolitische Lage. Vor allem durch den Wechsel in Moskau, durch die «zweite Oktoberrevolution», die jetzt in der ganzen Sowjetunion stattfindet, ist weltweit soviel in Gang gekommen, dass wir es uns heute kaum mehr vorstellen können, wie es noch vor zwei Jahren war. Damals kaum ein Satz über den «Schweizer Appell». Und heute sind die Medien voll von Berichten über die Sowjetunion

und über die Abrüstung. Darum verspüren die Leute nicht mehr dieses dringende Bedürfnis, etwas für den Frieden zu tun, Unterschriften zu sammeln und auf die Strasse zu gehen.

NW: Die Friedensbewegung wäre also das Opfer ihres Erfolgs?

Martin Jäggi: In gewissem Sinne schon. Es geschieht auf der einen Seite soviel, worüber wir uns freuen können. Auf der andern Seite ist es uns doch nicht ganz wohl dabei. Ich traue diesen Politikern nicht, weder denen im Westen, noch denen im Osten. Albert Schweitzer hat einmal gesagt, Regierungen kommen und gehen, aber die Völker bleiben. Auf die Völker kommt es in der Friedensfrage an. Die Politiker müssen zuviele Rücksichten nehmen und Kompromisse schliessen. Es gibt im Westen und Osten eine Tradition des Politisierens, wo Lüge und Betrug eine Rolle spielen. Das sind schlechte Voraussetzungen für die Abrüstung. Was not tut, ist ein Bewusstsein, das es nicht mehr erlaubt, dass Waffen produziert werden. Das ist wie mit der Todesstrafe. Das öffentliche Bewusstsein würde in der Schweiz keine Hinrichtung mehr zulassen, obwohl einzelne Politiker manchmal wieder davon sprechen. Genauso muss es in der Abrüstungsfrage kommen.

Wir sind zu Tausenden auf die Strasse gegangen, damit die Mittelstreckenraketen verschwinden. Jetzt ist es soweit. Aber ich werde das Gefühl nicht los, dass es sich hier um einen unglaublichen Betrug handeln könnte: Man nimmt eine Waffenart weg und entwickelt gleichzeitig zehn andere. Man nimmt eine Waffenart vom Lande weg und bringt gleichzeitig das Zehnfache auf die Weltmeere. Doch in den Medien erschallen Jubelposaunen über das INF-Abkommen. Alle sollen nun glücklich nach Hause gehen und sich freuen. Das ist sehr gefährlich.

Umwandlung in eine Petition?

NW: Was geschieht, wenn die Initiative nicht zustande kommt?

Martin Jäggi: Wir werden das Ergebnis der Unterschriftensammlung auf jeden Fall an einer Pressekonferenz vorstellen. Da macht es dann schon einen Unterschied, ob wir 35'000 oder 50'000 Unterschriften präsentieren können. Es ist daher wichtig, dass weiter gesammelt wird. Eine höhere Unterschriftenzahl gibt der Idee ein anderes Gewicht und unsern Gegnern nicht die Genugtuung, dass die Idee falsch sei, weil sie nur so wenig Unterschriften auf sich vereinigt habe. Die Idee ist richtig. Und früher oder später müssen alle Staaten in ihre Verfassung Artikel aufnehmen, die in diese Richtung gehen. Die Initiative leistet hier Pionierarbeit.

NW: Werdet Ihr die Unterschriften als Petition einreichen?

Martin Jäggi: Die Unterschriften als Petition an die eidgenössischen Räte einzureichen, wäre mein Vorschlag an das Initiativkomitee.

NW: Auch wenn ich die friedenspolitischen Themen der schweizerischen Innenpolitik in der Initiative vermisste, würde ich es gleichwohl bedauern, wenn sie auf der Strecke bliebe. Es gibt zu viele Menschen in der Schweiz, die es sich abgewöhnt haben, an eine «Welt ohne Waffen» zu glauben. Sie sind darum auch nicht in der Lage, der Rüstungsparanoia im eigenen Land Widerstand zu leisten. Darum möchte ich mit Dir, Martin Jäggi, die Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift aufrufen, den diesem Heft beigelegten Unterschriftenbogen zu unterzeichnen.

(Das Gespräch für die «Neuen Wege» besorgte Willy Spieler.)